

Sabatina James

Scharia in Deutschland

Wenn die Gesetze
des Islam das
Recht brechen

KNAUR 

**Besuchen Sie uns im Internet:
www.knaur.de**



Originalausgabe September 2015

Knaur Taschenbuch

Ein Imprint der Verlagsgruppe

Droemer Knaur GmbH & Co. KG, München

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk darf – auch teilweise –
nur mit Genehmigung des Verlags wiedergegeben werden.

Umschlaggestaltung: ZERO Werbeagentur, München

Umschlagabbildung: picture alliance/dpa

Satz: Adobe InDesign im Verlag

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-426-78680-2

5 4 3 2 1

Inhaltsverzeichnis

I.	Gefährliche Multikulturalisten	7
II.	Die Gesetze der Clans	17
III.	Der Koran – eine Lizenz zum Töten?	37
IV.	Verführte und Verführer	56
V.	Förderer des Terrors	90
VI.	Filialen des Islam(ismus)	101
VII.	Islam oder Islamismus?	113
VIII.	Zwangsheirat und Ehrenmord	120
IX.	Ahmadiyya – eine totalitäre Sekte	129
X.	Fazit	139

I.

Gefährliche Multikulturalisten

Rund fünf Prozent der deutschen Bevölkerung sind Muslime. Ihre Zahl wird auf etwa 4,3 Millionen geschätzt. Auch fünfzig Jahre nach dem Beginn der Zuwanderung aus muslimischen Ländern in die deutsche Gesellschaft führt ein Großteil der Muslime ein durch ihre Herkunft bestimmtes Eigenleben. Obwohl die Ursachen dafür längst bekannt sind, ist kaum etwas unternommen worden, um diese zu beseitigen. In den sechziger und siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts bezogen die Zuwanderer jene Wohnquartiere, die von den Deutschen auf der Suche nach neuem Wohnraum zurückgelassen wurden. Das waren zumeist Altbauwohnungen in historischen Arbeitervierteln, wo sie zum Teil bis heute leben. Beispiele hierfür sind der Berliner Bezirk Kreuzberg, die Duisburger Stadtteile Marxloh und Hochfeld oder auch Köln-Ehrenfeld. In diesen Vierteln entstanden eigene soziale Netzwerke, aus denen letztlich Parallelgesellschaften erwuchsen. Parallelgesellschaft bedeutet, dass die Menschen in ihren Wohnvierteln alles finden, was sie zum Leben benötigen: Es gibt türkische oder arabische Ärzte, Rechtsanwälte und Supermärkte. So kommen vor allem die Frauen kaum in Kontakt mit

der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Und auch die Kinder wachsen in ihrem engeren Umfeld in einem kulturellen Klima auf, das eher demjenigen gleicht, das ihre Eltern in Anatolien, Nordafrika oder Mittelasien verlassen haben.

Wer nach den Ursachen für diese Abschottung sucht, kommt am Koran nicht vorbei. Dieser stellt die Integration seiner Anhänger in eine westliche Gesellschaft als nicht erstrebenswert da. »Ihr Gläubigen! Nehmt euch nicht die Juden und die Christen zu Freunden«, heißt es zum Beispiel in Sure 5:51. Oder Sure 3:118: »Ihr Gläubigen! Nehmt euch nicht Leute zu Vertrauten, die außerhalb eurer Gemeinschaft stehen.« Und Sure 60:13 verlangt von den Muslimen: »Ihr Gläubigen! Schließt euch nicht Leuten an, auf die Allah zornig ist.« Diese Koranverse werden überall in den Moscheen gelesen und sind in vielen Ländern über die Minarette zu hören. Wie soll sich ein Mensch in eine nichtislamische Gesellschaft integrieren und sich für das Wohl der Allgemeinheit einsetzen, wenn derlei Aussagen mit moralisch-religiöser Autorität sein Leben machtvoll beeinflussen oder sogar völlig beherrschen? Und wie soll ein Mensch mit solch einer Grundhaltung von der Mehrheitsgesellschaft angenommen und integriert werden?

Der Gründer des Islam, sein Prophet Mohammed, glaubte fest an eine gegen ihn gerichtete jüdisch-christliche Verschwörungstheorie. Diese Neurose prägte mehrere Suren und setzte sich so dauerhaft in den Köpfen seiner Anhänger fest. Sie ist das zentrale Motiv dafür, dass sich Islamisten trotz ihrer aggressiven Grundhaltung immer in der Opferrolle sehen und unendliche Forderungen an die Welt um sie herum stellen. »Die Juden und Christen werden nicht mit dir zufrieden sein, solange du nicht ihrem Bekenntnis folgst«, heißt es in Sure 2:120.

Vergleicht man die Zustände in deutschen Migrantenvierteln mit denen anderer großer Einwanderungsländer, wie etwa den USA, dann fallen gravierende Unterschiede auf: Auf der ganzen Welt bringen Migranten das, was ihre Kultur ausmacht, also ihre Religion, ihre Sprache und ihre Traditionen, mit in die neuen Länder. Allerdings bewahren sie diese meist in ihrem privaten Umfeld oder auch in Vereinen. Im Alltag leben sie hingegen die Kultur ihrer neuen Heimat, sie verschmelzen mit der Gesellschaft, die sie aufnimmt.

Das gibt es auch in Deutschland: Immigrieren Chinesen, Italiener oder Vietnamesen in die Bundesrepublik, lernen sie die Sprache, schlagen Wurzeln, passen sich an, ohne ihre Herkunft zu verleugnen. Kurz gesagt: Sie werden in ihrer kulturellen Eigenheit zu einem Teil Deutschlands. Keiner von ihnen kommt auf den Gedanken, in der Öffentlichkeit zu jammern, weil ihnen niemand eine Willkommenskultur bereitet. Vor allem aber machen sie in der Regel nicht durch Probleme oder gar Verachtung gegenüber dem Rechtsstaat auf sich aufmerksam.

Anders verhält es sich meist bei türkischen oder arabischstämmigen Zuwanderern aus dem islamischen Kulturraum. Die Diskussionen um ihre Probleme beschäftigen zahlreiche deutsche Talkshows, ihre Religion ist Thema einer speziellen Islamkonferenz, nicht zu vergessen die zahlreichen runden Tische und Integrationsbeauftragten. Letztere setzen allein durch das Pochen auf Deutschkurse und Migrantenquoten den Fokus der Integration verheerend falsch.

Das primäre Problem ist nicht, ob jemand die Sprache spricht, in die Kultur assimiliert wird oder sich an die hiesigen Gepflogenheiten anpasst. Die Frage ist, ob die Vorstellungen eines Immigranten über eine erstrebenswerte Gesellschafts-

ordnung mit demokratischen Grundsätzen vereinbar sind. Das ist die alleinig entscheidende Frage!

Diese Kompatibilität mit der Demokratie ist bei vielen Muslimen eindeutig nicht gegeben. Denn sie akzeptieren Andersdenkende, Andersglaubende, Anderslebende und Frauen nicht als rechtlich gleichgestellte Menschen. Belegt hat dies die Studie »Lebenswelten junger Muslime«, die das Bundesinnenministerium im Jahr 2012 veröffentlichte. Darin wurden 706 junge deutsche und nichtdeutsche Muslime telefonisch befragt. Zudem analysierten die Autoren 692 Fernsehbeiträge aus Nachrichtensendungen. Eines der Ergebnisse war: Jeder vierte Muslim lehnt die Integration ab. Nur 52 Prozent der jungen nichtdeutschen Muslime wollen sich integrieren, während 48 Prozent »starke Separationsneigungen« zeigen und die deutsche Mehrheitskultur klar ablehnen.

So bleiben Türken und Araber zumeist unter sich. Und dank Satellitenfernsehen wird das kulturelle Selbstverständnis ihrer Herkunftsländer dann auch noch direkt in die Wohnzimmer deutscher Migranten gesendet. Nicht zuletzt dieser technischen Entwicklung ist es zu verdanken, dass die Sprachkenntnisse vieler Kinder der zweiten Einwanderergeneration häufig schlechter sind als die ihrer Eltern. Außerdem verfestigt sich durch viele TV-Serien, insbesondere des türkischen Fernsehens, ein archaisches Rollenverständnis, in dem vor allem wenig gebildete junge Männer Zuflucht suchen und damit oft folgenschwere Konflikte provozieren, die bis hin zum Ehrenmord reichen.

Auch ein anderes Ergebnis der Studie »Lebenswelten junger Muslime« lässt aufhorchen: 15 Prozent akzeptieren Gewalt gegen den Westen. Die Autoren schreiben über »streng Religiöse mit starken Abneigungen gegenüber dem Westen, tendenzieller Gewaltakzeptanz und ohne Integrationstendenz«.

Diese Entwicklung ist vielen Menschen in der deutschen Bevölkerung nicht entgangen. Sie spüren, dass etwas nicht stimmt, dass da etwas ist, das sie nicht haben wollen. Und dann stellen sie sich folgende Fragen: Wie viele Demokratiegegner verträgt das Land? Wie viele Demokratiegegner kann man der Bevölkerung zumuten? Wie viele Demokratiegegner muss eine Bevölkerung tolerieren? In welchem Maße und in welcher Geschwindigkeit ist die Steigerung der Missstände tragbar? Wie sinnvoll ist der weitere Zustrom von Demokratiegegnern, wenn man mit den vorhandenen schon nicht klarkommt und nicht einmal in der Lage ist, den schlimmsten Auswüchsen öffentlich entgegenzutreten?

All diese Fragen müssten öffentlich diskutiert werden. Aber die Debatte wird mit dem Argument der »Political Correctness« unterdrückt und von der Bevölkerung die widerspruchslose Hinnahme der Missstände verlangt. Dadurch staut sich bei vielen Deutschen ein Gefühl der Hilflosigkeit und Ausweglosigkeit auf, was wiederum Wasser auf die Mühlen rechter Extremisten ist.

Viele Deutsche können ihr Unbehagen gar nicht klar formulieren, zumal seitens der Politik und der Medien immer wieder versucht wird, die Zusammenhänge zu vertuschen. Sprachlosigkeit macht sich breit, wie in einer zerrütteten Ehe, in der Probleme nicht offen angesprochen und damit auch nicht gelöst werden. Vor fünfzig Jahren vertraten die meisten Politiker noch die These, dass sich Muslime in der zweiten, spätestens in der dritten Generation von selbst integrieren, vielleicht sogar assimilieren. Dies erwies sich jedoch als Fehlannahme. Später unternahm man viele vermeintlich integrationsfördernde Maßnahmen, die bis heute andauern. Vergeblich, denn kein Sprachkurs, kein runder Tisch, kein Integrationsbeauftragter und keine Islamkonferenz konnten verhindern, dass sich mus-

limische Parallelgesellschaften immer mehr zu Gegengesellschaften entwickeln, in denen Salafisten ungestört ihre Anhänger um sich scharen.

Während Sozialromantiker einen großen Bogen um unangenehme Themen wie Zwangsehen, verbotenen Schwimmunterricht und Ehrenmorde machen, die eine Multikulti-Gesellschaft mit sich bringt, scheinen andere von der Realität eingeholt worden zu sein und räumen offen ein: »Multikulti ist gescheitert!« Die Vorstellung, dass Menschen verschiedenster Ethnien in Harmonie miteinander leben, während sie verschiedene Kleidung tragen, verschiedene Religionen und Kulturen praktizieren und sich trotzdem mit Toleranz begegnen, ist zwar eine wünschenswerte Idee, scheitert aber an der Realität. Sie existiert oft nur in Leitartikeln führender Zeitungen und TV-Sendungen, in Aufsätzen von Universitätsprofessoren oder in den Reden jener Politiker, die in Ausländermilieus auf Stimmenfang gehen. Sie alle verbindet das Wunschdenken und das scheinbar unantastbare Weltbild des Multikulturalismus.

Der Multikulturalist, der sich selbst als kritischen Geist rühmt und seine Meinung als überlegenen Moralkompass des Guten ansieht, will die Welt retten. Vor allem jene Welt, die nicht weiß und christlich ist, weil er in ihr den Inbegriff des Imperialismus sieht. Ihn lässt Gewalt gegen Christen in islamischen Ländern kalt, während ihn Islamkritik in Wut und Empörung versetzt. Er hasst Gewalt, aber ergießt sich in langen Reden, um Gewalt zu rechtfertigen, wenn sie in islamistischen Kreisen vorkommt und sich gegen die vermeintliche Ausgrenzung von Muslimen richtet. Man erkennt ihn auch daran, dass er gewalttätige islamistische Terroristen in Schutz nimmt, während er jene als dumpfe Rassisten und Rechte bezeichnet, die solche Gewalt öffentlich thematisieren.

Multikulturalisten können oder wollen nicht einsehen, dass viele Richtungen des Islam die Integration seiner Anhänger in eine fremde Gesellschaft unter keinen Umständen zulassen. Anlass zum Umdenken hätten sie jedenfalls. Allein schon wegen der folgenden Leitsätze, die der damalige türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan im Jahr 2008 vor Tausenden Türken in Köln verkündete: »Assimilierung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit!« Ist es nicht vielmehr ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, »astreine Demokraten« wie Erdoğan, die lästige, insbesondere säkulare Kritiker gerne mal ins Gefängnis befördern, kritiklos in Deutschland auftreten zu lassen? Möglicherweise sehen es Multikulturalisten ja sogar als Zeichen des Respekts, wenn durch ihre Relativierungen das Schicksal und das stille körperliche wie seelische Leid von Tausenden zwangsverheirateten Frauen verharmlost werden, weil schon das Aufzeigen solcher Menschenrechtsverletzungen in unserer Mitte als Islamophobie geächtet wird. Kaum jemand weiß um die Repressalien, die Muslime ertragen müssen, wenn sie den Islam verlassen, worauf laut Scharia die Todesstrafe steht. Kaum jemand empört sich, dass es in den Scharia-Staaten der Welt keine Gleichberechtigung für Frauen und Minderheiten gibt. Kaum jemand kümmert die Wut, die sich bei engagierten Menschen aufstaut, die es satt haben, als Rassisten beschimpft zu werden, weil sie antidemokratische und menschenverachtende Aspekte des Islamismus aufzeigen.

Diese Doppelbödigkeit moralischer Standards hat insbesondere die Sarrazin-Debatte veranschaulicht. Als Thilo Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab* im Jahr 2010 erschien, wurde es nicht zuletzt deshalb zum Verkaufsschlager, weil eine kritische Diskussion von Integrationsfragen seitens der Bevölkerung als überfällig empfunden wurde. Auch wenn das Buch aufgrund

fragwürdiger Aussagen, insbesondere zur Humangenetik, provozieren mag, so trifft es, wie auch das Buch *Tödliche Toleranz* von Günther Lachmann, doch im Kern ein zentrales gesellschaftliches Problem, nämlich die mangelnde Integration vieler Muslime in Deutschland und einen falsch verstandenen Toleranzgedanken, der unserer Gesellschaft aufgezwungen werden soll.

Trotz des großen Erfolgs von Sarrazins Buch und der darauf folgenden Debatte wurde von der Multikulti-Schickeria eine beispiellose Hexenjagd auf Thilo Sarrazin eröffnet, der auch seine Ehefrau zum Opfer fiel. Sarrazin verlor nicht nur seinen Posten bei der Deutschen Bundesbank, der verdiente Sozialdemokrat wurde zur rechtsradikalen Unperson erklärt und verurteilt. Dies zeigt uns, wie es um die Meinungsfreiheit in Deutschland bestellt ist, wenn man es wagt, unangenehme Aspekte des Islamismus öffentlich anzusprechen, sei dies auch noch so berechtigt und zukunftsentscheidend.

Interessant, aber auch fragwürdig ist es, dass oft gerade diejenigen, die das Banner der Meinungsfreiheit, der offenen, toleranten Gesellschaft und der Genderngerechtigkeit vor sich hertragen, jede Kritik am Islam und seinen unterschiedlichen Ausprägungen verbieten und Kritiker mit der höchst unangebrachten »Rassismus-Keule« diffamieren, ja sogar gesellschaftlich kaltstellen wollen. Denn alles, wofür sie sonst einstehen, wird vom Islam auf das schärfste bekämpft: freie Entfaltung der Persönlichkeit, Meinungsfreiheit, Genderngerechtigkeit und vieles mehr. Multikulturalisten sehen die Meinungsfreiheit offensichtlich sehr einseitig und verkennen dabei, dass es sich um ein Grundrecht handelt, das auch für Meinungen gilt, die ihnen nicht gefallen oder zunächst nicht einsichtig erscheinen.

Alles deutet auf einen sich in den kommenden Jahrzehnten verschärfenden Zivilisationskonflikt hin. Wer die Integration

des Islam als Religion im Westen erreichen will, darf sich nicht in erster Linie auf sein Wunschdenken verlassen. Auch auf die Aussagen ideologisch einseitig positionierter Islamwissenschaftler sollte er nicht allzu viel geben, da sie vieles durch ihre westliche Brille interpretieren und konstruieren. Sie reden oft an der gelebten Realität vorbei, weil sie angesichts unangenehmer Wahrheiten klar Stellung beziehen müssten und damit ihre Anerkennung in der Wissenschaft und den Medien riskieren würden. Wer durch Steuergelder finanziert forscht, sollte aber auch der sie leistenden Gesellschaft nutzen.

Tröstlich, aber gefährlich zugleich ist, dass ihre Meinung für die Muslime und den zukünftigen Trend islamischer Lehrauffassung nicht entscheidend sein wird. Viel wichtiger wäre hingegen das Beleuchten islamistischer Dogmen und Lehren international einflussreicher Religionshüter etwa aus Ägypten und Saudi-Arabien, die das Denken und die Lebensweise der Islamisten weltweit massiv beeinflussen. Wenn dieser Aspekt weiterhin ignoriert und missachtet wird, kann dies zu einer unerwarteten, unerwünschten und ab einem gewissen Punkt nicht mehr steuerbaren Entwicklung unserer Gesellschaft führen.

Einführung von Islamunterricht und islamischen Feiertagen, Zensur der Meinungsfreiheit – mit solchen Zugeständnissen wird die Marschroute der Integration erschreckend falsch gesetzt: Dem Miteinander in Deutschland nutzt dies alles nichts. Mit solchen Kompromissen hofft die Politik, sich von der Gewalt des Islamismus und Salafismus freikaufen zu können und die Probleme von heute in die Zukunft zu verschieben. »Appeasement« nannte das einst Winston Churchill, als er sagte: »Ein Appeaser ist jemand, der ein Krokodil füttert in der Hoffnung, dass es ihn als Letzten frisst!«

Politik und Öffentlichkeit meiden die Konfrontation mit den heute schon offensichtlichen, aber noch kontrollierbaren Problemen und wählen damit den bequemen Weg des – kurzfristig gesehen – geringsten Widerstands. Manche bezeichnen dies fälschlicherweise als Toleranz. In Wirklichkeit aber gibt ihnen diese Art von Toleranz nur die Lizenz zum Wegsehen, zum Ignorieren aller Opfer des Islamismus. So werden Multikulturalisten zu Integrationsverhinderern und zu moralischen Rassisten, während sie sich selbst als weltoffen und politisch korrekt sehen. In Wahrheit sind aber gerade sie die Inkorrekten!

Sie glauben, die Integration mit der Staatsbürgerschaft regeln zu können. Das Problem ist aber nicht primär, ob jemand dem Pass nach Deutscher wird oder die hiesige Sprache spricht. Die entscheidende Frage ist, ob die gesellschaftspolitischen Vorstellungen eines Immigranten mit demokratischen Grundsätzen vereinbar sind. Dies ist beim Islam jedoch höchst zweifelhaft, denn er akzeptiert Andersdenkende, Andersglaubende, Anderslebende und Frauen nicht als gleichgestellte Menschen. Dieser Leitgedanke der Ungleichheit ist tief im Islam verwurzelt und fest in der Schariagesetzgebung verankert. Die Integration scheitert also an der fehlenden Demokratietauglichkeit des Islam in seiner Gesamtheit und an der Scharia – einer unheilvollen und diskriminierenden Vermengung von Religion, Politik und Recht.

Hinzu kommt das unter Muslimen gängige Narrativ von der Unreinheit der »Ungläubigen«, die ihre religiöse Absonderung, ja Selbstsegregation begründet. Diese mündet in den urbanen Alltagswelten wiederum in der Entstehung von No-go-Areas, die der Errichtung von Scharia-Herrschaftsgebieten den Weg bahnen.